

KR-15-10-11

Westalternative beschlossen

Regionalrat entscheidet sich für eine zweistufige Erweiterung

von WOLFGANG KIRFEL

der Stadt Planungssicherheit", erklärte der CDU-Fraktionsvorsitzende Stefan Götz. Die Westalternative D minimiere die Konflikte. Sein SPD-Pendant Hans-Joachim Bubacz stimmte zu und erklärte: „Jetzt wird die Öffentlichkeit beteiligt, und danach müssen wir entscheiden, inwieweit die dabei vorgebrachten Bedenken berücksichtigt werden.“ Der Eingriff in die Natur sei ausgleichbar. „Das Phantasieland hat ein Recht auf Erweiterung“, betonte Bubacz.

Die Westalternative D sieht eine Ausdehnung des Freizeitparks in zwei Schritten um knapp vier Hektar im Osten und um gut 24 Hektar im Westen vor. „Wir leiten heute endlich das Verfahren ein. Das gibt dem Unternehmen und

Wir hoffen mit der Erweiterung in zwei Schritten weiter zu kommen“, sagte Rudolf Finke (FDP). „Hier wird der Öffentlichkeit etwas vorgegaukelt, was auf abschbare Zeit

BRÜHL/KÖLN. Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und freien Wählern hat der Regionalrat Köln gestern die Westalternative D als Grundlage für das weitere Verfahren zur Erweiterung des Phantasielands beschlossen. Grüne und Linke zögerten dagegen. Die Planunterlagen werden nun bei der Bezirksregierung, dem Rhein-Erft-Kreis in Bergheim und bei der Stadt Brühl ausgelegt. Beschlossen wurde auch der Antrag von CDU, SPD und FDP für einen Waldtausch zwischen Stadt Brühl und Privatbesitzern sowie dem Land.

Die Westalternative D sieht eine Ausdehnung des Freizeitparks in zwei Schritten um knapp vier Hektar im Osten und um gut 24 Hektar im Westen vor. „Wir leiten heute endlich das Verfahren ein. Das gibt dem Unternehmen und

Wir hoffen mit der Erweiterung in zwei Schritten weiter zu kommen“, sagte Rudolf Finke (FDP). „Hier wird der Öffentlichkeit etwas vorgegaukelt, was auf abschbare Zeit



Am Rande der Sitzung protestierten Mitglieder der Initiative „50 000 Bäume“ mit Transparenten gegen die Entscheidung des Regionalrats. (Foto: Kirfel)

nicht kommen wird“, hielt Rolf Beu (Grüne) dagegen. Flächen zu überplanen, in deren Besitz man nicht kommen könne, sor-ge nicht für Planungssicherheit. Damit spielte er auf die Aussage von Umweltminister Johannes Remmel an, dass kein Landeswald für die Erweiterung verkauft oder getauscht werde. Beu zeigte sich enttäuscht, dass der Antrag seiner Fraktion, nur die rund 18 Hektar östlich des Freizeitparks und im Naturschutzgebiet Ententeich für eine Erweiterung zur Verfügung zu stellen und dafür endgültig auf die Fläche im Villedal zu verzichten, ab-

gelehnt wurde: „CDU, und was uns noch mehr überrascht, SPD schlagen die ausgestreckte Hand aus.“ Ich bin davon ausgegangen, dass das Ministerwort gilt. Deshalb ist das Verfahren überflüssig“, meinte Peter Singer (Linke), Rüdiger Bornholt (Freie Wähler) begrüßte die Entscheidung des Regionalrats warnte aber: „Ohne die Landesregierung können wir nicht zum Erfolg kommen.“ Rot-Grün ist nicht auf ewig gewählt“, spielte Stefan Götz darauf an, dass eine andere Landesregierung dem Waldverkauf zustimmen werde. „Das sind keine Bürgerver-

treter“, witterte Michael Müller vom Bürgerverein „Bovivo“. Laut Umweltbericht werde die vorgesehene Erweiterung für zusätzlichen Lärm sorgen. „Dagegen werden wir uns wehren, auch mit juristischen Schritten.“

„Fassungslos“ war Doris Linzmeier (50 000 Bäume): „Wir haben im Gespräch mit Regionalratsvertretern Vorschläge gemacht, die alle in den Wind geschlagen wurden.“ Ihre Initiative werde weitere Aktionen durchführen und die Brühler aufrufen, zahlreich ihre Bedenken gegen die Westalternative D vorzutragen.

KOMMENTAR

Sicherheit?

WOLFGANG KIRFEL
zum Regionalrats-Beschluss

Augen zu und durch: So kann man die Entscheidung des Regionalrats zur Phantasieland-Erweiterung zusammenfassen. Denn für Planungssicherheit, wie CDU, SPD und FDP beteuerten, sorgt sie mit Sicherheit nicht.

Die Fraktionen ignorieren hartnäckig, dass das Land die Waldfläche im Westen nicht verkaufen oder tauschen will und dass es einen Beschluss des Brühler Stadtrats gibt, der eine Erweiterung im Osten ausschließt. Nicht zu vergessen, dass der Bürgerverein „Bovivo“ schon jetzt bei einer Realisierung der Westalternative D mit juristischen Schritten droht.

Stauen kann man nur über die Äußerung von Hans-Joachim Bubacz (SPD), der dem Phantasieland ein „Recht auf Erweiterung“ zuspricht. Wo steht das geschrieben? Und wo bleiben die Wünsche der Bürger auf Ruhe und auf eine intakte Natur in ihrer Umgebung?